



# *Schwarz auf Weiss* *aus Berlin*

*Newsletter der Bundestagsabgeordneten Sabine Weiss für Alpen, Hamminkeln, Hünxe, Kamp-Lintfort, Rheinberg, Schermbeck, Sonsbeck, Voerde, Wesel Xanten*



**Ausgabe 01/2010**

**22. Januar 2010**

*Liebe Leserinnen und Leser,*

nun ist es endlich soweit: Mein erster Newsletter aus Berlin ist fertig. Ein herzliches Willkommen allen Leserinnen und Lesern. Mit meinem Newsletter möchte ich Sie zukünftig über meine Arbeit im Wahlkreis und in Berlin informieren. Über ein Feedback, Verbesserungsvorschläge oder Themen, die Sie, liebe Leserinnen und Leser, gerne einmal näher in **Schwarz auf Weiss** beleuchtet haben möchten, freue ich mich.

Aufregende Wochen liegen hinter mir. Erst der aufregende Wahlkampf mit seinem an Hochspannung nicht mehr zu überbietenden Finale im Weseler Kreishaus. Was habe ich an dem Abend zusammen mit meiner Familie und meinen Unterstützern Blut und Wasser geschwitzt. Als dann nach einer schier unendlichen Wartezeit endlich das Endergebnis feststand und klar war, dass ich diesen bisher immer für die CDU uneinnehmbaren Wahlkreis mit knappen Vorsprung direkt gewonnen habe, war die Freude und Begeisterung grenzenlos. Auch wenn ich zugeben muss, dass es dann doch einige Zeit gedauert hat, bis ich es wirklich glauben konnte.

Mein herzlichster Dank gilt an dieser Stelle noch einmal allen meinen Unterstützern und den vielen unermüdlichen Helfern. Ohne Sie / Euch wäre dieser Wahlsieg nicht möglich gewesen. Vielen, vielen Dank.

Sie waren/ Ihr wart toll!

Spannend ging es dann aber auch gleich in Berlin weiter. Gleich am nächsten Tag hieß es für mich Tasche packen und ab nach Berlin, denn bereits am 29. September hat sich die CDU/CSU-Fraktion konstituiert. In den darauffolgenden Wochen folgten noch mehrere Termine in Berlin wie bspw. die Abstimmung über den Koalitionsvertrag oder die Konstituierung des Bundestages.

Ich musste als Bundestagsneuling schnell feststellen, dass hier in Berlin doch alles ein bisschen größer ist. Die Liegenschaften des Deutschen Bundestages sind geradezu ideal, um sich so richtig schön zu verlaufen. Bei meiner ersten offiziellen Sitzung ist es mir dann auch gleich passiert. Aber mithilfe meines Handys konnte ich das Rescue Team - in Person meiner Mitarbeiterin - herbeirufen. Neben den Sitzungen musste ich noch zahlreiche Formulare für die Bundestagsverwaltung ausfüllen, noch eine zweite Mitarbeiterin für mein Berliner Büro finden, meine Ausschusswünsche angeben und, und, und.

Einziges Problem: Ich hatte noch kein Büro. Aber dankenswerterweise habe ich in diesen ersten Wochen Unterschlupf im zu diesem Zeitpunkt noch bestehenden Büro meiner Vorgängerin, Ilse Falk, gefunden.



#### In dieser Ausgabe:

Fotogalerie Seite 3

Plenumsrede: Menschenrechte weltweit schützen Seite 5

Daten und Fakten Seite 5

Am 9. November ging es dann in Berlin mit der ersten Sitzungswoche des Deutschen Bundestages so richtig los. Mein Büro war mittlerweile personell vollständig besetzt. Aus dem Büro von Ilse Falk habe ich Hannelore Löll im Wahlkreis und Julia Hannemann in Berlin übernommen. "Neu" in Berlin dazugekommen ist Antje Krüger. Nur wieder gab es ein Raumproblem: Das Büro von Ilse Falk war in der Zwischenzeit an eine andere Abgeordnete vergeben worden und meine Büroräume mussten noch renoviert werden. Also blieb uns gar nichts anderes übrig, als für die ersten Tage ein provisorisches Büro auf dem Flur einzurichten. Damit waren wir sozusagen Bundestagsstadtesgespräch, selbst im Plenum bin ich angesprochen worden, ob ich die neue Abgeordnete mit dem Büro auf dem Flur sei. Aber auch davon haben wir uns unsere gute Laune nicht verderben lassen und nach vier Tagen war dann auch der Spuk vorbei und wir konnten unsere Büros beziehen. Als dann in der nächsten Woche auch noch unsere Computer und das Faxgerät geliefert wurden, waren wir voll arbeitsfähig und rundum glücklich.

Einige Schnappschüsse auf der nächsten Seite geben einen kleinen Eindruck von dieser ersten Sitzungswoche.

Bald standen auch meine Ausschüsse fest: Ich bin in dieser 17. Legislaturperiode Mitglied im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (AWZ) sowie im Petitionsausschuss. Über die Mitgliedschaft in diesen beiden Ausschüssen bin ich sehr glücklich. Da ich seit nunmehr 17 Jahren ein privates Entwicklungshilfeprojekt auf den Philippinen habe, war der AWZ mein absoluter Wunschausschuss. Im Petitionsausschuss werden Eingaben von Bürgerinnen und Bürger behandelt, die bspw. Gesetzesänderungen anregen oder sich von Behörden ungerecht behandelt fühlen. Im Wahlkampf habe ich für mich mit dem Spruch "Anwältin für die Menschen" geworben und das war kein strategisch dahingeworfenes Wahlkampfmotto. Die Belange der Bürgerinnen und Bürger sind mir eine Herzensangelegenheit. Deshalb bin ich froh, dass ich nun im Petitionsausschuss direkt damit konfrontiert werde,

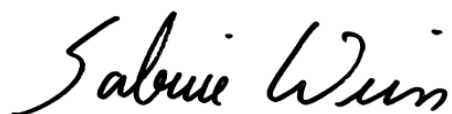
wie die Gesetze bei den Bürgern ankommen, wo etwas schief läuft und was korrigiert werden muss.

Beigetreten bin ich auch der Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik der CDU/CSU – Fraktion. Als stellvertretende Vorsitzende der AG Kommunalpolitik nutzen mir natürlich meine Erfahrungen aus meiner Zeit als Bürgermeisterin. Ich weiß, wie groß die Auswirkungen vieler Gesetze auf die Kommunen sind. Einsetzen werde ich mich hier in Berlin für eine starke kommunale Selbstverwaltung, es können nicht immer mehr Kosten den Kommunen aufgebürdet werden, ohne dass dafür ausreichend Finanzmittel zu Verfügung stehen. Wir brauchen starke und finanziell handlungsfähige Städte und Gemeinden, die ihre Aufgaben zum Wohle ihrer Bürgerinnen und Bürger wahrnehmen können.

Nachdem nun die Mitgliedschaften in den Ausschüssen feststanden, ging auch die richtige Ausschussarbeit los. Meine erste Berichterstattung im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zum Thema „Ausbau der Maßnahmen der Bundesregierung zur Bekämpfung von Genitalverstümmelungen“ habe ich in der Woche vor Weihnachten gehalten. In dieser Woche stand auch meine erste Rede im Plenum an. Meine Rede finden sie auf Seite 5. Es war schon ein besonderes Gefühl so zum ersten Mal am Rednerpult mit Blick ins Plenum zu stehen.....

Soweit meine Ausführungen über meine ersten Erlebnisse in Berlin.

**Ihre**



## Das erste Büro ... im Flur...



Bürobesprechung – sozusagen  
zwischen Aufzug und Flur

Kein Büro?

Egal!

Hauptsache die Kaffemaschine  
funktioniert – auch wenn es  
nur auf dem Flur ist!



Der Schreibtisch ist noch unbenutzbar...

Jetzt geht's endlich los: das eigene Büro kann bezogen werden!



Nicht Antje Krüger, sondern Sabine Weiss höchstpersönlich!



Sabine Weiss MdB mit ihren Mitarbeitern:

Julia Hannemann, Hannelore Löll und Antje Krüger

# Schlüsselbegriff Entwicklungsrelevanz - Menschenrechte weltweit schützen

## 1. Rede im Deutschen Bundestag am 17. Dezember 2009

Frau Präsidentin!

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Meine Damen und Herren!

Die vorliegenden Anträge und der Verlauf der Debatte zeigen glücklicherweise immer noch: Das Thema Menschenrechte ist grundsätzlich unser gemeinsames Thema. Quer durch die Fraktionen besteht Einigkeit darin: Die Durchsetzung der Menschenrechte weltweit ist unsere gemeinsame Aufgabe. Die verbale Einigkeit stimmt mich hoffnungsvoll, dass dies auch in der laufenden Legislaturperiode so bleibt. Von daher will ich nicht polarisieren oder Gräben aufreißen. Dazu ist dieses Thema viel zu wichtig.

Viele der Forderungen in dem SPD-Antrag betrachten wir in der Tat als gemeinsame Übereinkunft.

Viele der aufgestellten Forderungen werden in der alltäglichen Praxis bereits verwirklicht: Stärkung guter Regierungsführung, Stärkung der Eigenverantwortung und Stärkung der Selbsthilfekräfte der Entwicklungsländer. Gerade das sind doch die Schlüsselbereiche deutscher Entwicklungszusammenarbeit.

Die nachhaltige Bekämpfung von Armut und Strukturdefiziten im Sinne der Millenniumserklärung der Vereinten Nationen steht im Koalitionsvertrag, und der ist nun einmal die Richtschnur für unser Regierungshandeln. Wenn Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, Zweifel am Willen der schwarz-gelben Regierung haben, erinnern Sie sich doch einfach daran: Es war unsere Kanzlerin Angela Merkel, die nach den Jahren von Rot-Grün das Thema Menschenrechte erstmals wieder offen und klar in die deutsche Außenpolitik eingebracht hat.

Ich sage es noch einmal: Dieses Thema ist unser gemeinsames Thema. Wir müssen uns bei diesem Thema von der SPD aber nicht extra anschieben lassen.

Auch die Kolleginnen und Kollegen von der Linken täten meiner Ansicht nach gut daran, sich bei dem Thema ein wenig in Demut zu üben.

Wenn Sie in Antrag und Debatte einen so forschenden und selbstgerechten Ton anschlagen,

könnte man mit Blick auf Ihre Parteivergangenheit schnell zum Bild vom Glashaus und den Steinewerfern kommen.

Die Worte Frieden, Freiheit und Menschenrechte aus Ihrem Munde kämen glaubwürdiger herüber, wenn sie mit etwas mehr Nachdenklichkeit und Selbstreflexion über die SED-Vergangenheit Ihrer Partei ausgesprochen würden.

Die universellen freiheitlichen Menschenrechte gehören zu den Grundlagen unserer Zivilisation. Wir wollen sie in größtmöglicher Einigkeit durchsetzen und verteidigen.

Wir sollten das Thema auch nicht auf den Bereich der Entwicklungszusammenarbeit einengen; natürlich gehört es auch da hin. Das fängt bei so klaren Fällen wie ausbeuterischer Kinderarbeit an und geht bis zu dem großen Begriff von Good Governance, der alle Bereiche staatlichen Handelns umfasst. Es schließt aber auch das privatwirtschaftliche Engagement ein. Wir wissen, dass gerade das mittelständische Engagement in vielen Schwellen- und Entwicklungsländern für Arbeitsplätze, Bildung und verbesserten Wohlstand sorgt.

Damit dies nicht auf Kosten der Menschen vor Ort passiert, wollen wir die Unternehmen unterstützen, die sich in ihrem Rahmen für bessere und gerechtere Produktionsbedingungen engagieren.

Entwicklungsrelevanz ist hier der Schlüsselbegriff. Entwicklungszusammenarbeit und Menschenrechte müssen wir zusammen sehen, und das sieht die Regierung auch so. Unser Antrag und die entsprechenden Passagen des Koalitionsvertrages zeigen dies ganz klar und deutlich. Der Antrag der Opposition reflektiert eher die letzten Regierungsjahre der Sozialdemokraten, ein rotes Best-of. Aber das Thema ist umfassender. Deshalb haben wir unseren Antrag wesentlich breiter angelegt. Nach meiner Auffassung schließen wir damit das Anliegen des SPD-Antrages ein, stellen das Ganze aber in einen größeren Zusammenhang.

Die Menschenrechte gehören weltweit geschützt, nicht aber eng fokussiert auf die Entwicklungszusammenarbeit. Uns geht es – das ist angeklungen – unter anderem um die Todesstrafe, und zwar überall, in den USA genauso wie in China oder im Iran. Uns geht es um den Schutz von Kindern, Frauen und Homosexuellen. Über Zwangsverheiratung, Genitalverstümmelung und Todesstrafe für Homosexuelle wie im Iran oder möglicherweise bald in Uganda dürfen wir nicht als Frage der kulturellen Identität diskutieren und es damit einfach hinnehmen.

Uns geht es um elementare Freiheitsrechte, Religionsfreiheit, Presse- und Meinungsfreiheit, Schutz vor Diskriminierungen. Da blicken wir kritisch in alle Richtungen: nach Guantánamo genauso wie nach Kuba. Wir befürworten den Bau von Moscheen und Hindutempeln in unserem Land. Aber wir wollen auch, dass christliche Kirchen überall auf der Welt ohne Angst errichtet werden können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gestatten Sie mir, einen Aspekt zu nennen, der mir persönlich sehr wichtig ist. Wir fordern zu Recht Good Governance von den internationalen Partnern, die von uns Hilfe und Unterstützung erwarten. Wir wenden uns zu Recht gegen Teppiche, an denen das Blut von unzähligen Kinderhänden klebt, um es einmal plastisch auszudrücken. Wir fordern zu Recht, dass Menschenhandel, Sklaverei und Ausbeutung geächtet werden. Ich selbst habe als Anwältin etliche Prozesse zum Thema Menschenhandel geführt und dabei mitbekommen, dass es überhaupt nicht ausreicht, mit dem Finger ins Ausland zu zeigen und dort nach staatlichen und wirtschaftlichen Verbesserungen zu rufen.

Die Teppiche, an denen Blut klebt, die Grabsteine aus Sklavenarbeit und die verschleppte, zur Prostitution gezwungene Frau zum Beispiel aus Fernost haben eines gemeinsam: Es gäbe sie nicht, wenn es hier nicht auch den Markt und die Käufer gäbe.

Da wird der Schutz der Menschenrechte weltweit zu einem Problem ganz nah. Da müssen wir mentale Entwicklungshilfe im eigenen Land betreiben. Auch dies gehört zum Thema dazu.

Am 10. Dezember wurde der Tag der Menschenrechte begangen. Aus diesem Anlass nehmen wir uns Gott sei Dank die Zeit, im Deutschen Bundestag über dieses Thema zu diskutieren. Die Regierungsfractionen haben dazu einen Antrag gestellt, der ebenso deutlich wie umfassend die Position markiert, mit der Deutschland in der Weltgemeinschaft sowohl in der Entwicklungszusammenarbeit als auch darüber hinaus in allen anderen Politikfeldern auftreten und handeln will.

Von daher werbe ich um Zustimmung zu unserem Antrag. Mehr noch werbe ich aber um Ihre Hilfe, Ihren Mut und Ihren Einsatz, wenn es um die konkrete Umsetzung geht.

Schönen Dank.

### ***Daten und Fakten***

**Steuerentlastungen zum Jahreswechsel:** Durch die Steuerrechtsänderungen sind zum Jahreswechsel deutliche Entlastungen eingetreten. So wird etwa der Handwerksmeister (Jahreseinkommen 54.000 Euro) mit zwei Kindern, dessen Frau im Betrieb angestellt ist, im Jahre 2010 insgesamt 1.183 Euro weniger Steuern zahlen müssen. Zudem erhält er 2010 insgesamt 480 Euro mehr Kindergeld. Bei dem verheirateten Bankangestellten mit drei Kindern (Jahreseinkommen 70.000 Euro) beträgt die Ersparnis 590 Euro und der Zuwachs des Kindergeldes 720 Euro.

(Quelle: Handelsblatt, 29.12.2009)

**Wirtschaftseinbruch 2009 war stärkste Rezession in Deutschland seit 1945:** Im vergangenen ist die deutsche Wirtschaft so stark geschrumpft wie noch nie in der Nachkriegszeit. Um insgesamt 5 Prozent ging das Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt zurück. Der wirtschaftliche Einbruch fand hauptsächlich im Winterhalbjahr 2008/2009 statt. Im Jahresverlauf zeichnete sich eine leichte Stabilisierung der Wirtschaftsentwicklung auf dem neuen, niedrigen Niveau ab. Damit ist die deutsche Wirtschaftsleistung zum ersten Mal seit sechs Jahren zurückgegangen.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

**Sparquote bleibt auf hohem Niveau:** Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte nahm 2009 lediglich um 0,4 Prozent zu. Das ist die kleinste Zuwachsrate seit der Wiedervereinigung. Die in jeweiligen Preisen berechneten Konsumausgaben der privaten Haushalte stiegen 2009 mit 0,5 Prozent etwas stärker als das verfügbare Einkommen. Die Sparquote verharrte mit 11,2 Prozent auf dem hohen Niveau des Vorjahres.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Impressum:  
Sabine Weiss MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Telefon: 030/227-77720  
Telefax: 030/227-76720